

Händedruck-Affäre

Schulrat beharrt auf Sozialeinsätzen

Basellandschaftliche
Zeitung, 20.9.2016

Lange war unklar, wie die Schulleitung der Sekundarschule Therwil die beiden syrischen Schüler dazu bringen will, ihrer Lehrerin doch wieder die Hand zu reichen. Gestern nun meldete die Baslerbieter Bildungsdirektion, dass die erste Disziplinar massnahme Sozialeinsätze seien. In welcher Institution oder in welchem Umfang, war aber auch auf Nachfrage nicht zu erfahren. Ob es je dazu kommen wird, ist sowieso äusserst unklar. Zwar bekräftigt Bildungsdirektorin Monica Gschwind in derselben Mitteilung, den Handschlag «ohne Wenn und Aber» durchzusetzen. Doch die Ettinger Familie hat längst den Be-

schwerdeweg eingeschlagen. Mit der ersten Beschwerde ist sie nun am Schulrat der Sek Therwil abgeblitzt. Doch ein Weiterzug an den Regierungsrat als nächster Instanz ist wahrscheinlich. Dies unter anderem, weil der Islamische Zentralrat der Schweiz (IZRS) gegenüber der bz bekräftigt, die Familie «auf jede Art und Weise und durch jede Instanz» zu unterstützen, ob juristisch oder finanziell. Auch der Gang vors Bundesgericht oder gar nach Strassburg ist so nicht auszuschliessen. Und dies, ohne dass es überhaupt schon um Bussen oder Schulausschlüsse gegangen wäre. SEITE 17

Gang durch die Instanzen kaum zu verhindern

Händedruck-Fall Der Schulrat der Sekundarschule Therwil wies die Beschwerde der syrischen Familie ab und besteht auf Sozialeinsätzen. Der IZRS aber will durch alle Instanzen.

VON MICHAEL NITTAUS

Die Baselbieter Bildungsdirektorin Monica Gschwind schwieg seit dem Ende der Sommerferien eisern dazu, ob der an der Sekundarschule Therwil verbliebene der beiden syrischen Brüder weiterhin seiner Lehrerin die Hand nicht gibt und welche Sanktionen Schule und Kanton genau ergreifen. Sie verwies stets auf ein laufendes Verfahren. Gestern nun trat das ein, was sie sich ohne Zweifel erhofft hatte: Die Bil-

dungsdirektion (BKSD) konnte vermelden, dass der Schulrat der Sek Therwil vergangene Woche die Beschwerde der Eltern der beiden Teenager abgelehnt hat.

Gschwind liess es sich - obwohl sie sich aktuell noch von einer Lungenentzündung erholt - nicht nehmen, sich mit deutlichen Worten zitieren zu lassen: «Der Handschlag wird durchgesetzt - ohne Wenn und Aber.» Der Entscheid eines anderen Gremiums ermöglicht der Regierungsrätin also die Stärke zu demonstrieren, die die Öffentlichkeit von ihr in der Händedruck-Affäre stets verlangt hatte.

Neben dem nackten Entscheid erwähnte die BKSD auch erstmals, was für eine Disziplinar-massnahme noch vor den Sommerferien von der Schulleitung ausgesprochen worden war. Beide Schüler wurden zu «Sozialeinsätzen» verknurrt. Wegen der Beschwerde ihrer Eltern griff die-

«Wir werden die Familie auf jede Art und Weise und durch jede Instanz unterstützen.»

Ferah Ulucay Generalsekretärin
Islamischer Zentralrat der Schweiz
(IZRS)

se Massnahme aber bis heute nicht, so dass auch weitergehende Sanktionen wie Bussen oder Schulausschlüsse noch gar nicht zur Debatte standen. Die BKSD hält lediglich fest: «Das Recht der Lehrpersonen, den Handschlag einzufordern, wurde vom Schulrat bestätigt. Die Disziplinar-massnahme bleibt bestehen.»

IZRS: «Regierung ist intolerant»

Bloss: Umgesetzt dürfte sie noch lange nicht werden. Zum einen kann der ältere der beiden Brüder nicht mehr belangt werden, da er die obligatorische Schulzeit abgeschlossen hat, wie die BKSD auf Anfrage nochmals bestätigt. Zum anderen läuft die zehntägige Beschwerdefrist gegen den Schulrats-Entscheid. Die Familie kann an den Regierungsrat gelangen, danach folgten Kantons- und schliesslich Bundesgericht. Und obwohl die Familie

sich zurzeit nicht mehr öffentlich äussern möchte, ist dieser Weg wahrscheinlich.

Gegenüber der bz macht der Islamische Zentralrat der Schweiz (IZRS), der die Ettinger Familie auch schon im Frühling beraten hatte, unmissverständlich klar: «Wir werden die Familie auf jede Art und Weise und durch jede Instanz unterstützen.» IZRS-Generalsekretärin Ferah Ulucay sagt, dass der Zentralrat der Familie, ob juristisch oder finanziell, auf jeden Fall zur Seite stehe.

Der Kanton sagt zwar auf Nachfrage, dass er in diesem Verfahren nie vom IZRS kontaktiert worden sei. Doch das dürfte sich bald ändern, glaubt man Ulucay: «Es ist schlimm, dass wir für jedes muslimische Thema bis vors Bundesgericht gehen müssen, ehe wir Recht bekommen.» Die Haltung der Baselbieter Regierung sei intolerant.

Basellandschaftliche Zeitung, 20.9.2016